

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Öffentliche Ordnung
(2/2008)
am Mittwoch, 02. April 2008, 17.00 Uhr,
im Bürgerhaus „Villa Vorsteher“, Kaiserstr., 132, Raum 3

Anwesend sind

- | | |
|---|--|
| a) als Vorsitzender | Herr Dobersch |
| b) als Ausschussmitglieder | Frau Stich-Lippert (stv.)
Herr Fröhning
Herr König
Herr Roschin
Frau Basteck-Benscheid
Frau Heise
Herr Klinkmann
Frau Stechemesser
Herr Alperstädt (stv.)
Herr Wicher
Frau Lange
Herr Holland
Frau B. Müller (stv.)
Herr Uebelgünn
Frau Arntzen
Herr Dr. Kyri |
| c) als beratendes Mitglied (Seniorenbeirat) | Frau Aurich (stv.) |
| d) von der Verwaltung | Herr Schneider
Herr Eggermann
Frau Hengelbrock
Herr Schulte
(zugleich als Schriftführer) |

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder.

Der AV stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungs- und fristgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Auf Vorschlag des AV sollen die TOP 3 u. 4 getauscht werden.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Es schließt sich die Bitte von AM Herrn Uebelgünn an, auch die Beratung des Haushalts aufgrund der hierzu ergangenen Änderungsliste der Verwaltung mit in TOP 3 neu aufzunehmen.

Der Ausschuss spricht sich mehrheitlich gegen die Beratung einzelner Haushaltspositionen in der heutigen Sitzung aus und verweist auf die Beratung im Hauptausschuss.

Ende der Sitzung: 18.35 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus 9 Seiten und 3 Anlagen mit 7 Seiten.

Dobersch
Vorsitzender

Schulte
Schriftführer

AGSO -2/08 - 1. - 02.04.2008
Einwohneranfragen

keine

AGSO – 2/08 – 2. – 02.04.2008

„Beschäftigungspakt für Ältere“ der JobAgentur EN

Herr Schneider stellt Frau Hengelbrock vor, die in der Funktion als Jobcoach der JobAgentur EN mit der Thematik befasst ist. Frau Hengelbrock erläutert daraufhin die ihr übertragenen Aufgaben und beantwortet gemeinsam mit Herrn Eggermann Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

AGSO – 2/08 – 3. – 02.04.2008
Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 - 2013

AM Herr Uebelgünn erklärt, dass er sich außer Stande sieht, Anträge zum Haushaltssicherungskonzept zu stellen, ohne in diesem Zusammenhang auch über den Haushalt 2008 zu beraten und gibt eine Protokollerklärung dazu ab (Anlage 1).

Zu Ziffer 23 des Haushaltssicherungskonzeptes erfragt AM Frau Arntzen, wie sich die vorgesehenen Kürzungen im Einzelnen auf die verschiedenen Selbsthilfegruppen/Beiräte auswirken.

Antwort der Verwaltung:

Nach der Beschlusslage im AGSO wird der Ansatz auf das Rechnungsergebnis 2007 (2.170 €) festgesetzt. Das Haushaltssicherungskonzept sieht eine Kürzung auf 1.620 € (Ansatz 2007 i.H.v. 3.620 €./ 2.000 €) vor. Die Verwaltung beabsichtigt zum jetzigen Zeitpunkt nicht, die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel auf die einzelnen Selbsthilfegruppen bzw. Beiräte zu verteilen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion zur zukünftigen weiteren Nutzung der Seniorenbegegnungsstätte „Karl-Siepmann-Str. 47“ stellt AM Herr Alperstädt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag, über den der AV abstimmen lässt:

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Seniorenbegegnungsstätte „Karl-Siepmann-Str. 47“ zu schließen unter der Voraussetzung, dass den Senioren alternative Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	dafür	8
	dagegen:	9
	Enthaltung:	0

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über das Haushaltssicherungskonzept, soweit die Belange des AGSO berührt sind, abstimmen:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	dafür:	7
	dagegen:	6
	Enthaltung:	4

AGSO – 2/08 – 4. – 02.04.2008

**Benutzungs- und Gebührenordnung für die Seniorenbegegnungsstätte
Karl-Siepmann-Str. 47**

Herr Schneider erläutert vorab noch einmal die wesentlichen Änderungen, die nach Beschlussfassung im AGSO am 30.01.2008 in den Entwurf der Benutzungs- und Gebührenordnung eingearbeitet und von allen Teilnehmern der Arbeitsgruppe akzeptiert wurden.

Er beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Die der Vorlage beigefügte Benutzungs- und Gebührenordnung für die Seniorenbegegnungsstätte „Karl-Siepmann-Str. 47“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür:	12
dagegen:	0
Enthaltung:	5

AGSO – 2/08 – 5. – 02.04.2008
Mitteilungen

Herr Schneider teilt mit, dass die Bezirksregierung Arnsberg mit Bescheid vom 14.03.2008 die Genehmigung erteilt hat, weiterhin auf die Einrichtung einer ständig mit hauptamtlichen Kräften besetzten Feuerwache in Wetter (Ruhr) zu verzichten.
Die Ausnahmegenehmigung ist bis zum 28.02.2012 befristet und an mehrere Auflagen geknüpft.

Die Genehmigung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

AGSO – 2/08 – 6. – 02.04.2008
Anfragen von Ausschussmitgliedern

1. AM Frau Stich-Lippert legt mehrere Fragen zum Thema „Demografiebericht“ vor und bittet um Beantwortung in der Niederschrift (s. Anlage 3).
2. AM Herr Dr. Kyri fragt an, ob die beim verspäteten Osterfeuer erlittene Augenverletzung, erheblich wäre. Herr Schneider erklärt, dass der Verwaltung keine Erkenntnisse hierzu vorliegen.
3. AM Frau Arntzen weist auf die am 04.04.2008 stattfindende Benefiz-Veranstaltung „Barrierefreie Umkleidekabine im Freibad Wetter“ im Stadtsaal hin und bittet die Fraktionen, sich möglichst noch um weitere Spenden zu bemühen. Zu Beginn der Sitzung werden entsprechende Veranstaltungsflyer an die Ausschussmitglieder verteilt.
4. AM Herr Uebelgünn fragt nach dem Sachstand Insolvenzverfahren ehemaliges Krankenhaus Wetter.

Antwort der Verwaltung:

Das Amtsgericht Hagen hat die Eröffnung des Insolvenzverfahrens in der Angelegenheit Krankenhaus abgelehnt. Der Rechtsanwalt hat für die Stadt Wetter (Ruhr) sofortige Beschwerde gegen die Entscheidung eingelegt. Sollte diese abgewiesen werden, müssen die Forderungen der Stadt Wetter (Ruhr) gegen die Pflegezentrum Wetter GmbH eingeklagt werden, um einen vollstreckbaren Titel zu erlangen. Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides wurde am 17.03.2008 gestellt.

5. AM Frau Stechemesser bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu nachfolgenden Fragen, die den UA 4990 im Haushalt 2007 betreffen (Die Fragen werden dem Protokollführer auch in schriftlicher Form nach der Sitzung übergeben).
 - a) "Wann ist das Geld der Haushaltsstellen "Seniorenveranstaltungen", "Aktivitäten des Seniorenbeirates" und "Geselligkeit und Unterhaltung" gesperrt worden, wo finde ich dieses Geld im Produkthaushalt?"

Antwort:

Eine offizielle Haushaltssperre hat es im Haushaltsjahr 2007 nicht gegeben. In Anbetracht der "vorläufigen Haushaltsführung" hat der Kämmerer lediglich Regeln aufgestellt, unter welchen Umständen und in welchen Bereichen Auszahlungen getätigt werden können.

Im neuen Haushaltsplan sind diese Ausgaben unter dem Produkt 05.01.01 zu finden.

- b) Altenhilfe vom Kreis:
"Das Geld ist zweckgebunden. Wo finde ich die fehlenden 1.900,00 Euro im Produkthaushalt?"

Antwort:

Es handelt sich um einen Zuschuss des Kreises für die Altenhilfe nach § 71 SGB XII. Wie mehrfach im Ausschuss dargelegt, wird die Hälfte des Zuschusses an die Seniorenklubs weitergegeben. Die andere Hälfte wird für die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der Seniorenarbeit in Wetter entsprechend § 71 SGB XII verwandt.

- c) "Sind die Senioren über die Höhe des Geldes, was Ihnen nach dem Haushaltsplan 2007 zukommen sollte, informiert worden?"

Antwort:

Der Seniorenbeirat ist selbstverständlich über die Aktivitäten des Seniorenbüros und die damit verbundenen Ausgaben informiert. Was mit dem Begriff "zukommen sollte" gemeint ist, ist nicht verständlich.

6. AM Herr Holland fragt an, ob der Verwaltung bekannt sei, dass ein Feuer, welches vor Ostern in der Aue abgebrannt wurde, über die Dauer von 4 Tagen gequalmt und dadurch in Volmarstein zu erheblichen Belästigungen geführt habe. Herr Schneider äußert, dass eine Genehmigung zum Verbrennen von pflanzlichen Abfällen erteilt worden sei. Die Verwaltung werde aus dem Verhalten des Verantwortlichen Konsequenzen ziehen.

Anlage 3:

Fragenkatalog von RM Stich-Lippert im AGSO 2/08

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Fragenkatalog unterstellt eine Methodik zur Erarbeitung eines Demografieberichtes, die nur eine von mehreren in der Praxis erprobten Herangehensweisen beschreibt, um Effekte des demografischen Wandels und künftige Ressourcenallokation darzustellen und aus Sicht der Verwaltung insgesamt nicht optimal geeignet ist, den Auftrag des Rates zur Erstellung eines für Wetter (Ruhr) spezifischen Demografieberichtes zielführend umzusetzen.

Die Vorstellungen zur inhaltlichen Grobkonzeptionierung wurden in den Vorlagen der Verwaltung (DS 51/07, Vorl. AGSO v. 30.01.08) ausführlich schriftlich und im Fachausschuss und Rat zusätzlich mündlich dargestellt und erörtert. Detaillierte Fragen zur Methodik (**Fragen 1-4, 6**) können zum jetzigen Zeitpunkt – vor Beginn der Erarbeitung eines Demografieberichtes – selbstverständlich noch nicht beantwortet werden, da z. B. die Auswahl von Indikatoren noch bevorsteht (siehe unten) und wie bereits mitgeteilt erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen vorgenommen wird.

Die von RM Stich-Lippert formulierten Fragen lassen jedoch die Einschätzung zu, dass sie sich auf Annahmen des ursprünglich im FA gestellten Antrags der SPD-Fraktion unter dem Titel „Demografischer Wandel – eine Herausforderung für die Kommunalpolitik in Wetter“ stützen, bei dem - zugespitzt formuliert - vor allem die kommunale Altenarbeit im Mittelpunkt der künftigen demografiespezifischen Strategie steht.

Aus Sicht der Verwaltung, auf Basis der Erfahrungen anderer Kommunen und auf Grundlage der bereits getroffenen Beschlüsse von AGSO und Rat soll der zu erarbeitende Demografiebericht für Wetter (Ruhr) jedoch den Entscheidungsträgern der Stadt ein umfassenderes Strategiepapier vorlegen - ein Strategiepapier, das Demografiewandel als Querschnittsaufgabe begreift und anhand von verlässlichen Indikatoren Aussagen darüber treffen kann, wie im Rahmen einer präventiven Strategie Abwanderungstendenzen vermieden werden können und wie vor dem Hintergrund

begrenzter finanzieller Ressourcen die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastrukturbereitstellung aussehen kann. Die Verwaltung möchte also einen Demografiebericht erarbeiten, der konkret aussagt, wie sich die Stadt unter dem Eindruck des Demografiwandels verändert und wie sie verändert werden sollte. Diese umspannendere Zielsetzung ist aus Sicht der Verwaltung schon deshalb maßgebend, weil sich Kommunen in diesem Themenfeld mehr und mehr im Wettbewerb untereinander wiederfinden werden.

Verwaltung und AGSO haben zwischenzeitlich im Rahmen der Haushaltsberatungen empfohlen, auf die Erstellung eines Demografieberichtes durch externe Vergabe in einer Größenordnung von bis zu 25.000 Euro zu verzichten und die Erstellung intern (unter Beteiligung von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft) zu erarbeiten. Die Gründe: Arbeitshilfen und statistische Grundlagen lassen sich mehr und mehr einfach und kostengünstig beschaffen. Die Verwaltung will Synergien, Herangehensweisen und Erfahrungen anderer Kommunen nutzen, da fast alle Gemeinden, Städte und Landkreise sich mit diesem Thema beschäftigen. Zudem sollen Kooperationsangebote mit dem EN-Kreis, der bereits ein entsprechendes Strategiepapier aufgestellt und interne personelle Ressourcen geschaffen hat, genutzt werden. Unter dem Strich lassen sich somit erhebliche Kosten ohne Qualitätsverlust sparen. Für die Erstellung des Demografieberichtes glaubt die Verwaltung über genügend Fachkompetenz zu verfügen, die Benennung einer verwaltungsinternen qualifizierten Steuerungs- /oder Arbeitsgruppe wäre im übrigen auch bei externer Vergabe notwendig gewesen. **(Frage 5)**

Die Verwaltung will die Fragen des demografischen Wandels selbstverständlich auch mit einer breiten Bürgerbeteiligung erörtern, sie teilt aber nicht die in **Frage 7** unterstellte Annahme, dass dazu externe Moderatoren zwingend notwendig seien. Dies ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem aus finanzieller Sicht nicht zu empfehlen, da externe Moderationen Kosten in nahezu derselben Höhe nach sich ziehen, die für eine externe Erstellung eines Demographieberichtes notwendig würden (vgl. auch Synopse Vorlage AGSO v. 30.01.08). Bei allen Preisabfragen der Verwaltung zur Erstellung eines externen Berichtes waren externe Moderationen ausdrücklich nicht in die Angebote einkalkuliert worden.